

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 89. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 19. September 2019

1. Abgeordnete

Alexander Schweitzer,
Martin Haller und
Benedikt Oster (SPD)

Erneuter Kerosin-Notablass in großen Mengen über der Pfalz

Erneut wurde ein Fall bekannt, bei dem große Mengen an Kerosin über dem Großraum Pfalz abgelassen wurden. Insgesamt 57,5 Tonnen Treibstoff musste eine Maschine des US-Paketdienstleisters Fedex Express vom Typ McDonnell Douglas MD 11F am 5. September 2019 auf dem Weg vom Flughafen Köln-Bonn nach Indianapolis ablassen. Die Ursache des Treibstoffablasses ist nicht bekannt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich des erneut aufgetretenen Falls von Kerosinablass in großen Mengen über dem Großraum Pfalz vor?
2. Wurde die Landesregierung von der Deutschen Flugsicherung über das Ereignis informiert?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, auf mehr Transparenz im Umgang mit den meldepflichtigen Ereignissen des Kerosin-Notablasses hinzuwirken?

2. Abgeordnete

Martin Brandl und
Gabriele Wieland (CDU)

Alternative Antriebe in der Automobilindustrie

Die Automobilindustrie leistet einen großen Beitrag zum Wohlstand des Landes Rheinland-Pfalz. Neben den zwei großen Werken in Kaiserslautern (Adam Opel AG) und Wörth am Rhein (Mercedes-Benz) besitzt Rheinland-Pfalz über 150 teils hoch spezialisierte Automobil-Zuliefererbetriebe. Insgesamt stellt die Branche rund 55 000 Arbeitsplätze.

Der nötige Strukturwandel hin zu einer umweltfreundlicheren Mobilität bringt weitreichende Veränderungen in der Produktion mit sich. Hierbei ist jedoch noch nicht final entschieden, welche Antriebsart sich in Zukunft durchsetzen wird. Auf der diesjährigen Internationalen Automobil-Ausstellung (12. bis 22. September in Frankfurt) wurden neben der Elektromobilität weitere Technologien wie Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe vorgestellt und diskutiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung alternative Antriebsformen wie Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Elektromobilität im Vergleich zu den Antriebsformen Wasserstoff und zu synthetischen Kraftstoffen?
3. Welche Maßnahmen betreibt die Landesregierung, um Innovationen in den jeweiligen Antriebsformen (E-Mobilität, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe) zu unterstützen?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die jeweiligen Antriebsformen in der breiten Fläche umzusetzen?

**3. Abgeordneter
Joachim Paul (AfD)**

GEW ruft Lehrer zur Beteiligung am Aktionstag für Klimaschutz auf

Ich frage die Landesregierung:

1. Kann die Schulpflicht ausgehebelt werden, indem nach Abstimmung mit der Schulleitung die Beteiligung am Klimastreik einer ganzen Schulklasse im Rahmen eines „Projekts“, als „Unterrichtsgang“ oder als „Lernen vor Ort“ ermöglicht wird (Antwort bitte begründen)?
2. Falls ja: Gibt es dafür eine Altersgrenze der Schulkinder und falls ja, wo liegt diese?
3. Hat die Landesregierung die GEW darauf hingewiesen, dass ihr Hinweis, Schüler könnten sich vom Unterricht für den 20. September 2019 beurlauben lassen, nicht mit der Rechtsauslegung der Landesregierung übereinstimmt?
4. Mit welchen Konsequenzen haben Lehrer zu rechnen, die am 20. September 2019 nicht an ihrer Schule unterrichten, weil sie am „Klimaschutz-Aktionstag“ teilnehmen?

**4. Abgeordnete
Steven Wink und
Cornelia Willius-Senzer
(FDP)**

„Woche der Berufsbildung – Chance Handwerk“

Anfang September 2019 hat das rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerium die „Woche der Berufsbildung – Chance Handwerk“ durchgeführt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Absicht wurde mit der „Woche der Berufsbildung – Chance Handwerk“ verfolgt?
2. Welche Aktionen und Termine hat die Landesregierung im Rahmen dieser Woche absolviert bzw. unterstützt?
3. Was unternimmt die Landesregierung über die „Woche der Berufsbildung – Chance Handwerk“ hinaus, um die berufliche Bildung tiefer in der Gesellschaft zu verankern und dem Fachkräftemangel zu begegnen?
4. Welches sind aus Sicht der Landesregierung, neben dem Fachkräftemangel, weitere Herausforderungen, vor denen das Handwerk steht und wie wird diesen begegnet?

**5. Abgeordnete
Pia Schellhammer,
Jutta Blatzheim-Roegler
und Katharina Binz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zunehmende Fallzahlen bei der Antidiskriminierungsstelle

In einer offenen Gesellschaft darf die Identität kein Grund sein, einen Menschen schlechter zu stellen, auszugrenzen oder gesellschaftlich abzuwerten. Menschen sind unterschiedlich, aber ihre Rechte und ihre Würde sind gleich. Dennoch wird heute noch einigen Menschen das Recht abgesprochen, gleichberechtigt dazuzugehören: u. a. wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Ein wichtiger Schritt ist, dass die Landesantidiskriminierungsstelle in Rheinland-Pfalz sich dafür einsetzt, gezielt gegen Diskriminierung vorzugehen und eine solidarische Gesellschaft zu gestalten. Die kostenlose rechtliche Erstberatung, die seit mehr als einem Jahr dort angeboten wird, ist das richtige Instrument, um den Betroffenen Abwehrmöglichkeiten an die Hand zu geben.

Im August dieses Jahres war der Presse zu entnehmen, dass die Beschwerdezahlen bei der Landesantidiskriminierungsstelle stark gestiegen seien.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den starken Anstieg der Beschwerdezahlen bei der Landesantidiskriminierungsstelle?
2. Welche Ursachen sieht die Landesregierung für diesen Anstieg?
3. Was gedenkt die Landesregierung im Umgang mit der Zunahme der Beschwerden zu tun?
4. Wie gliedern sich die Beschwerden bei der Landesantidiskriminierungsstelle auf, wegen welcher Diskriminierungsmerkmale wenden sich die Menschen an die Landesantidiskriminierungsstelle?

**6. Abgeordnete
Matthias Lammert und
Dirk Herber (CDU)**

Umsetzung des Geordnete-Rückkehr-Gesetzes in Rheinland-Pfalz – Kommunen nicht im Stich lassen

In Rheinland-Pfalz gibt es mit Trier, Hermeskeil, Kusel, Ingelheim und Speyer insgesamt fünf Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende (AfA). Auf der Homepage der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz wird die Aufgabe der AfA u. a. dahingehend beschrieben, Asylbegehrende aufzunehmen, unterzubringen, zu betreuen und auf die Kommunen innerhalb des Landes Rheinland-Pfalz zu verteilen. Dabei soll der Aufenthalt der Asylbegehrenden in der AfA sechs Monate nicht übersteigen (<https://add.rlp.de/de/themen/fluechtlinge-in-rheinland-pfalz/aufnahmeeinrichtungen-fuer-asylbegehrende-in-rheinland-pfalz/>, zuletzt abgerufen am 16. September 2019, 12.28 Uhr).

Der Bundestag hat das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ verabschiedet. Die Änderungen sind bereits in Kraft. Gemäß § 47 Abs. 1 Asylgesetz sind Ausländer, die den Asylantrag bei einer Außenstelle des Bundesamts zu stellen haben (§ 14 Abs. 1), verpflichtet, bis zur Entscheidung des Bundesamts über den Asylantrag und im Falle der Ablehnung des Asylantrags bis zur Ausreise oder bis zum Vollzug der Abschiebungsandrohung oder -anordnung, längstens jedoch bis zu 18 Monate in der für ihre Aufnahme zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Für Familien gelten weiterhin sechs Monate.

Folge ist, dass die Zahl der alleinstehenden Asylbegehrenden deutlich zunehmen wird, was zu Spannungen führen kann. Zudem dürfte die Zahl der vorhandenen Plätze in den AfA nicht ausreichen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen hat das Integrationsministerium bislang unternommen, um sich auf die Änderungen im Rahmen des „Geordnete-Rückkehr-Gesetzes“ einzustellen und wie will die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass die neuen gesetzlichen Regelungen (insbesondere § 47 Asylgesetz) in Rheinland-Pfalz eingehalten werden?
2. Wie viele zusätzliche Plätze müssen nach Schätzung der Landesregierung bei den AfA geschaffen werden, um die geänderten gesetzlichen Vorgaben umzusetzen, welche Kosten sind damit voraussichtlich insgesamt jährlich verbunden und welche Kosten sind bislang entstanden?
3. Plant die Landesregierung die Einführung von „Ankerzentren“, um die Entscheidung über die gestellten Asylanträge zu beschleunigen?
4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Kommunen bei der Ausstellung der Abschiebungsbescheide zu entlasten?

**7. Abgeordnete
Bettina Brück,
Alexander Fuhr und
Johannes Klomann (SPD)**

Projekt „S“ Schule stärken – Starke Schule“

Am 11. September 2019 hat das rheinland-pfälzische Bildungsministerium einen Kooperationsvertrag mit der Wübben Stiftung über das Projekt „S“ Schule stärken – Starke Schule“ unterzeichnet. Das Projekt soll die Chancengerechtigkeit von Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz stärken. Ziel ist es, Schulen mit besonderen Herausforderungen mit verschiedenen Ansätzen und Maßnahmen zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was ist die Zielsetzung des Projekts?
2. Welche Schulen können an dem Projekt teilnehmen?
3. Mit welchen Maßnahmen und Mitteln sollen die Schulen unterstützt werden?
4. Mit welchen Mitteln und Projekten fördert die Landesregierung schon heute die Chancengerechtigkeit von Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz?

**8. Abgeordnete
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)**

Umschichtung von Direktzahlungen im Rahmen des „Agrarpakts“

Anfang September 2019 hat die Bundesregierung einen sogenannten „Agrarpakt“ angekündigt. Dieser sieht unter anderem vor, dass im Jahr 2020 6 Prozent der Direktzahlungen von der ersten in die zweite Säule der Agrarförderungen fließen sollen. Bisher waren es 4,5 Prozent.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Worin liegen aus Sicht der Landesregierung die Gründe für die Erhöhung der Umschichtungen?
2. Welche Konsequenzen erwachsen aus den Ankündigungen der Bundesregierung zur Erhöhung der Umschichtung und aus dem Insektenschutzpaket für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft?
3. Welche Forderungen hat die rheinland-pfälzische Landesregierung gegenüber der Bundesregierung erhoben?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um die rheinland-pfälzische Landwirtschaft zu stärken und auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu halten?

**9. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
und Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik und in die parlamentarischen Gremien

Der Frauenanteil im rheinland-pfälzischen Landtag liegt bei gerade 32 Prozent. Der Frauenanteil in den Kommunen hat sich – trotz vieler Bemühungen – nicht signifikant verbessert und liegt nach wie vor unter 20 Prozent. Die Ergebnisse der Kommunalwahl 2019 weisen – soweit sie vorliegen – auch keine grundsätzliche Veränderung auf. Die Situation in den Ländern und dem Bund zeigt ähnliche Ergebnisse. Die Forderung nach Parität wird bereits seit vielen Jahren diskutiert. Einig sind sich alle, dass es wichtig und notwendig ist, dass mehr Frauen in die Parlamente gehören. Das „Wie“ ist die Frage. Vorreiterinnen sind hier die Bundesländer, die sich mit einem Parität-Gesetz auf den Weg gemacht haben. Im Januar 2019 verabschiedete der Landtag Brandenburg mit den Stimmen der Regierungskoalition das bundesweit erste Parität-Gesetz. Ebenso hat der thüringische Landtag als zweites Bundesland nach Brandenburg ein Paritätsgesetz verabschiedet. In Sachsen-Anhalt wurde in diesem Jahr ein Gesetzentwurf eines Parität-Gesetzes in den Landtag eingebracht. Die Option eines Gesetzes wurde Anfang September auch beim „1. Deutschen Frauenkongress kommunal“ in Mainz diskutiert.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen sind aus frauenpolitischer Sicht notwendig, um einen spürbaren Effekt bei der paritätischen Besetzung von Parlamenten/Räten zu erreichen?
2. Plant bzw. unterstützt die Landesregierung Initiativen auf Bundesebene, um bundeseinheitliche Regelungen zur Geschlechterparität in Volksvertretungen zu erreichen?
 - a) Wenn ja, in welcher Form?
 - b) Wenn nicht, warum nicht?
3. Wie steht die Landesregierung zu den Überlegungen von Parteien und Politikerinnen/Politikern, eine ähnliche Regelung auch in Rheinland-Pfalz einzuführen?

**10. Abgeordnete
Michael Wäschenbach
und Hedi Thelen (CDU)**

Begrenzung der Pflegekosten bei einer Unterbringung in Heimen

Nach Meldungen vom 7. September 2019 hat Ministerpräsidentin Dreyer die Pläne der SPD im Bund für eine Begrenzung der Pflegekosten bei einer Unterbringung in Heimen begrüßt. Betroffene müssen die Sicherheit haben, sich Pflege auch leisten zu können, sagte Frau Dreyer der Deutschen Presse Agentur in Berlin. Die SPD-Fraktion im Bundestag hat Anfang September ein Konzept beschlossen, in dem eine Deckelung der Eigenanteile für die pflegebedingten Kosten gefordert wird.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Verantwortung der Länder für eine Reduzierung der Eigenanteile in der Pflege gegenüber den Aufgaben des Bundes?
2. Sollte nicht mit einer öffentlichen Förderung des Landes für betriebsnotwendige Investitionskosten für Beschaffung oder Sanierung von Pflegeeinrichtungen wieder das Ziel verfolgt werden, den Benutzern gesondert berechenbare Investitionsaufwendungen gering zu halten, wie es der ehemalige Sozialminister Gerster noch für richtig hielt?
3. Warum leistet die Landesregierung insoweit bisher keine Beiträge zur Senkung der Eigenanteile, wenn die Ministerpräsidentin die Begrenzung der Pflegekosten bei einer Unterbringung in Heimen doch für richtig hält?

11. Abgeordnete**Ellen Demuth und
Marion Schneid (CDU)****Frage der Gleichstellung bei Hochschul-Novelle**

Die geplante Hochschul-Novelle sieht Verbesserungen in Bezug auf die Gleichstellung vor. Rund die Hälfte der an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz beschäftigten Professorinnen befürchtet aufgrund der Gleichstellungsbestrebungen jedoch eine faktische Benachteiligung ihres Geschlechts.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie soll eine paritätische Besetzung der Gremien gelingen, wenn das Verhältnis der beschäftigten Professorinnen gegenüber ihren männlichen Kollegen ein Viertel zu drei Vierteln beträgt?
2. Wie soll bei den derzeitig vorgesehenen Neuregelungen in Bezug auf Gremienbesetzungen gewährleistet werden, dass Professorinnen ausreichende Zeit für Lehre und Forschung bleibt?
3. Welche alternativen Überlegungen, die auch zu faktischer Gleichstellung beitragen, gibt es im Wissenschaftsministerium?
4. Welche Bemühungen gab es vor dem Hintergrund des Gleichstellungsauftrags, mehr Professorinnen einzustellen?

12. Abgeordnete**Josef Dötsch und
Ellen Demuth (CDU)****Rheinland-Pfalz fehlen IT-Talente**

Eine am 13. August 2019 veröffentlichte Studie des Bundesverbands für Informationswirtschaft, Telekommunikation und Medien e. V. (Bitkom) wertete aus, in welchen Bundesländern die meisten IT-Fachkräfte arbeiten. Dieser Studie zufolge sind in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern wenige IT-Fachkräfte tätig. Stadtstaaten haben dabei die höchste Informatiker-Quote. Im Gesamtschnitt liegen Bayern und Nordrhein-Westfalen vor den anderen Bundesländern.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Anzahl an in Rheinland-Pfalz tätigen IT-Fachkräften angesichts der zunehmenden Bedeutung der Digitalisierung für die rheinland-pfälzischen Unternehmen?
2. Wie attraktiv ist das Angebot in Rheinland-Pfalz für solche Berufe im Vergleich zu anderen Bundesländern?
3. Wie bewertet die Landesregierung die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Ausübung dieser Berufe in Rheinland-Pfalz?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für diese Berufe in Rheinland-Pfalz?

13. Abgeordneter**Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Insektenschutz in Rheinland-Pfalz**

Nach Medienberichten hat die Bundesregierung am 4. September 2019 nach einer langen Abstimmungsphase ihr Insektenschutzprogramm vorgestellt. Unsere Insekten bilden die Nahrungsgrundlage für die verschiedensten Lebensgemeinschaften und sind somit essenziell für ein funktionierendes Ökosystem. Aufgrund zahlreicher Nutzungsänderungen, Intensivierungen und dem Einsatz diverser chemischer Substanzen in der Umwelt sind viele Insektenarten bedroht bzw. deren Biomasse ist – selbst in Naturschutzgebieten – in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Zum Schutz unserer Artenvielfalt hat die Landesregierung im Jahr 2015 die Biodiversitätsstrategie Rheinland-Pfalz verabschiedet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche taxonomischen Insektengruppen sind aus Sicht der Landesregierung gefährdet?
2. Welche Schritte zum Schutz unserer Arten- bzw. Insektenvielfalt hat die Landesregierung nach der Verabschiedung der Biodiversitätsstrategie in die Wege geleitet?
3. Welche Maßnahmen könnten, nach Kenntnisstand der Landesregierung, zum Schutz der oben genannten Insektengruppen besonders stark beitragen bzw. sind praxisnah und effektiv umzusetzen?
4. Wie bewertet die Landesregierung das von der Bundesregierung kürzlich verabschiedete „Insektenschutzprogramm“ und dessen Anwendung in Rheinland-Pfalz?

